

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 03/2011

18. Jahrgang

30. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 6./11. April 2011

## Potsdamer Haushalt 2011 für LINKE nicht zustimmungsfähig

Die Änderungsanträge der LINKEN zum Potsdamer Haushalt wurden durch die Rathauskooperation sämtlich abgelehnt (Seite 2). 600.000 Euro hätten sie gekostet, rechnete Fraktionsvorsitzender Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg vor, die man aus den Rücklagen gut hätte finanzieren können. Angesichts der Tatsache, dass „auf wundersame Weise“ 33 Millionen Euro nach der Abrechnung von 2008 aufgetaucht und davon 21 Millionen in den Haushaltsansatz der Ver-



Beim „Rathausreport Live“ im „Café am Staudenhof“ erläuterte Hans-Jürgen Scharfenberg die Position der LINKEN zum Haushalt 2011 der Landeshauptstadt. Vor Ort im Haus Am alten Markt 10 ging es natürlich auch um die Bürgerinitiative zur Rettung des bezahlbaren Wohnraumes in der historischen Mitte und um die Vernetzung der vielfältigen Bürgerinitiativen in der Landeshauptstadt.

waltung aufgenommen worden sind, habe es den Spielraum gegeben, um im Haushalt die richtigen Schwerpunkte zu setzen.

„Potsdam wird seit 2008 von einer Rathauskooperation regiert, die dem Oberbürgermeister für seine Entscheidungen eine stabile Mehrheit sichern soll“, führte Scharfenberg aus. „Diese Kooperation aus SPD, CDU, FDP und Grünen hat ihren Zenit überschritten. Die Kernregelungen sind erfüllt. Der Postenschacher hat funktioniert. Die Beigeordnetenposten sind aufgeteilt. Der Oberbürgermeister konnte seine Wiederwahl sichern.“ Problematisch seien jedoch die Fehlentscheidungen, die in dieser Konstellation, zum Teil aus Trotz gegenüber der LINKEN, getroffen worden sind.

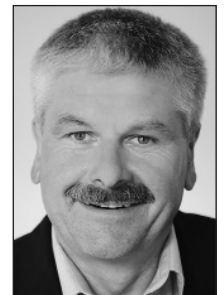
Er führte das „Hin und Her um einen Badneubau“, die „Leidensgeschichte um das Potsdamer Tierheim“ und einen Schulentwicklungsplan „am Bedarf vorbei“ als Beispiele an. „Sie zeugen davon, dass in Potsdam oft am Willen der Bürger vorbei regiert wird, auch wenn wir uns vor etlichen Jahren für den Weg zur Bürgerkommune entschieden

haben.“ Auch in diesem Jahr sei wieder versucht worden, die Änderungsanträge der Stadtverordneten mit dem Argument fehlender oder ungeeigneter Deckungsquellen auszuhebeln. „Sieht man sich aber die umfangreiche Änderungsliste der Verwaltung an, wird deutlich, dass das offenbar für die Verwaltung selbst nicht gilt. Da wird dann mal eben ein Griff in die Rücklage gemacht. Warum das der Finanzbeigeordnete darf, die Stadtverordneten aber nicht, erschließt sich mir nicht. Der Haushaltsbeschluss wird von der SVV gefasst. Also muss sie auch die Möglichkeit für inhaltliche Veränderungen haben.“

Einige Vorschläge der LINKEN aus dem Vorfeld der Haushaltsdiskussion sind allerdings in den Verwaltungsvorschlag und Anträge der Rathauskooperation zum Haushalt 2011 aufgenommen worden, wie unter anderem die Erhöhung der Mittel für Spielplätze, für die Ausstattung des Potsdam-Museums, für die Förderung von drei Festivals und die Sicherung der Arbeit von freien Kulturträgern.

### Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer, bereits 2004 haben die Stadtverordneten beschlossen, dass Potsdam eine Bürgerkommune werden soll. In seiner Amtseinführung im Oktober 2010 hat der OB eine Offensive in der Bürgerbeteiligung und damit seine Wandlung vom Saulus zum Paulus angekündigt. Jetzt teilte er mit, dass in einem internen Workshop, also ohne Bürger und Stadtverordnete, erste Überlegungen angestellt worden sind, wie man durch ein Büro für Bürgerbeteiligung beim OB-Büro in dieser Frage vorankommt. Dafür will Herr Jakobs im OB-Büro ein Büro für Bürgerbeteiligung einrichten, wofür er zwei neue Vollzeitstellen braucht, die er der Stadtverordnetenversammlung mit seiner umfangreichen Änderungsliste zum Haushalt ohne inhaltliche Begründung untergeschoben hat.



Wir wollen mehr Demokratie und nicht mehr Bürokratie. Ich verlange, dass die Stadtverordneten ein Mitspracherecht bei der inhaltlichen Aufgabenstellung für diese Personalverstärkung des OB haben. Nur so kann erreicht werden, dass Bürgerbeteiligung wirklich gestärkt wird.

Künftig soll es Stadtteilkonferenzen geben, sollen Bürgerbefragungen durchgeführt werden, allerdings nur eine im Jahr. Für Beides hat sich DIE LINKE seit langem konsequent eingesetzt, leider bisher ohne Erfolg. Der Oberbürgermeister und seine Bündnispartner haben Bürgerbefragungen beim Niemeyerbad, zur Verlegung des Bades in das Bornstedter Feld, zum Gartenstadtprojekt in Drewitz oder zu den massiven Ansiedlungsplänen für Einzelhandel im Kirchsteigfeld abgelehnt. Auch Vor-Ort-Veranstaltungen haben nur stattgefunden, wenn sie unumgänglich waren. Bürgerbeteiligung wird zur Farce, wenn den Bürgern wie beim Bürgerhaushalt nur das Gefühl einer Einflussnahme gegeben wird. DIE LINKE wird den Oberbürgermeister beim Wort nehmen.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

## Warum eigentlich?

### Mehr als 17 Jahre Kommunalpolitik und keine Langeweile

*Man fragt sich manchmal, warum man sich das immer noch antut, neben beruflicher Arbeit ehrenamtlich aktiv zu sein. Ich mache das deshalb gern, weil nur mit großer Ausdauer Erfolge bei der Interessenvertretung der Wähler möglich sind. Seit Jahren kämpfe ich um mehr Regionalbahnhalt in Charlottenhof, und nun endlich sieht es so aus, als ob es ab nächstes Jahr klappen könnte. Ebenfalls Jahre dauerte es, die Perspektive für das neue Kaufland in der Zeppelinstraße vorzubereiten. Im August 2011 wird es eröffnet. Ein zähes Ringen erfordert der Erhalt der Kleingärten und die Vervollständigung der Uferwege. Dennoch stellen sich Erfolge ein. Gute Wohnbedingungen, gepflegte Grünanlagen, bedarfsgerechter ÖPNV und die Vermeidung von Staus auf dem Hauptstraßennetz beschäftigen mich seit Jahren. Ich setze mich für echte Radwege ein und bin gegen das unsägliche Aufmalen von Strichen für Radfahrer auf Fahrbahnen von Hauptverkehrsstraßen, mit denen gewisse „Gutmenschen“ den Radfahrern eine Sicherheit vorgaukeln, die trügerisch ist. Vernunft setzt sich in Potsdam leider nur mühsam durch. Auch die Entwicklung im Ortsteil Eiche helfe ich demokratisch zu befördern. Wenn dabei konkrete Erfolge zum Wohle der Einwohner möglich werden, bestärkt mich das in meiner ehrenamtlichen Arbeit.*



Mit freundlichen Grüßen  
Dipl.-Ing. Ralf Jäkel

## Grüner Pfeil an Ampel in Eiche

Mit der nötigen Orstkenntnis schilderte Ralf Jäkel in seiner Frage die Situation in Eiche. An der Einmündung der Straße „Am alten Mörtelwerk“ in die Kaiser-Friedrich-Straße im Ortsteil Eiche gibt es viele Rechtsabbieger. Durch die Anbringung eines Rechtsabbiegepfeils könnte die Durchlässigkeit der Kreuzung erhöht werden. In seiner Frage bat Jäkel um Prüfung. Die Beigeordnete Elona Müller-Preinesberger erklärte, dass diese Frage bereits 2006 geprüft worden sei. Das Ergebnis ist, dass an der Kreuzung alles so bleiben solle, wie es sei. Das sei auch eine Frage der Kosten.

## Tempo 50 in der Forststraße

Ralf Jäkel wies darauf hin, dass demnächst die Fahrbahn der Forststraße wieder geschlossen werden soll. Danach stehe die Reparatur der Geschwister-Scholl-Straße an. Im Verlauf dieser Arbeiten werde der Verkehr über die Forststraße umgeleitet. So fragte Jäkel: Können Sie rechtzeitig vor Beginn der Baustelle Geschwister-Scholl-Straße die Erhöhung der Forststraße für normales, innerstädtisches Tempo von 50 km/h veranlassen? Elona Müller-Preisberger antwortete, dass z. Zt. nur teilweise eine neue Asphaltdecke – also nicht die gesamte Straße – erneuert werde. Deshalb bleibe die Geschwindigkeit wie sie ist.

## Einseitige Sperrung der Brücke Zentrum Ost

Seit mehreren Monaten ist die Brücke vom Zentrum Ost über die Nutheschneelstraße halbseitig gesperrt. „Da die Fahrbahn nur schlecht einsehbar ist, führt diese Sperrung zu einer deutlichen Unfallgefahr“, betonte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg in seiner Frage, wann diese Sperrung wieder aufgehoben werde. Baubeigeordnete Matthias Klipp antwortete, dass die Sperrung bis zum 30. Juni 2011 bleibe. Der Grund: Bis dahin laufen die Untersuchungen, ob die Brücke den technischen Parametern entspreche, weil ein „Anfahrtschaden“ durch

einen größeren LKW vorliege. In diesem Zusammenhang werde auch geprüft, wie dieser Schaden versicherungstechnisch geregelt werde.

## Stopp für Förderung energetischer Gebäudesanierung

Im Bereich der Städtebauförderung plant die Bundesregierung für 2012, die Kennziffer zur Förderung der energetischen Gebäudesanierungen auf Null zu setzen. In diesem Zusammenhang fragte Jana Schulze: „Welche Auswirkungen wird die geplante Null-Förderung der Bundesregierung auf die energetischen Gebäudesanierungsmaßnahmen der PRO-Potsdam GmbH für das Projekt „Gartenstadt Drewitz“ haben?“

In seiner Antwort verwies Baubeigeordneter Matthias Klipp auf die Hoheit der Bundespolitik in dieser Frage. Welche Programme also bleiben bzw. welche reduziert werden, liege in der Hand der Bundesregierung. Wenn aber keine Förderung mehr in dieser Sache erfolge, stehe die Sozial-Verträglichkeit als neues Problem.

## Rathauskooperation lehnte LINKE Anträge zum Haushalt 2011 ab

DIE LINKE hatte u. a. ergänzend beantragt finanzielle Mittel in den Haushalt 2011 einzustellen für

- die Förderung der drei Festivals „Vocalise“, „Inter-sinzen“ und „Bachtage“,
- die Sicherung der Arbeit Freier Kulturträger,
- kostenloses Schulesen für Bedürftige sowie
- Honorare zur Absicherung der Lehrtätigkeit bei Unterrichtsausfall und schulischen Arbeitsgemeinschaften.

Die Rathauskooperation lehnte diese Änderungsanträge ab.

Ebenfalls abgelehnt wurden die Finanzen in Höhe von 275.000 € für die Brandschutzsanieung des „Archivs“. Hier wurden nur 100.000 € durch die Kooperation beschlossen.

## Mehr Einsatz für Hartz-IV-ler

### Aus: Jana Schulze zur Beantwortung der „Großen Anfrage Hartz IV“

Mit der Beantwortung zur Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE haben alle Stadtverordneten einen Überblick erhalten, was sich in punkto Arbeitsmarktpolitik seit Inkrafttreten des 4. Gesetzes zur Grundsicherung für Arbeitssuchende am 1. Januar 2005 in der Landeshauptstadt Potsdam getan hat, bzw. wo es noch Reserven gibt - Reserven im Bereich der statistischen Erhebungen, für die nicht das Jobcenter verantwortlich zu machen ist, Reserven auch in der Kontrolle der Einhaltung von Kriterien bei der erforderlichen Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit bestimmter Arbeitsmarktprojekte. Hier vor allem bei Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, den so genannten Ein-Euro-Dreißig-Jobs. Reserven auch und leider immer noch im bestehenden Beratungsangebot von Seiten der Gesetzgeber und des ausführenden Jobcenters Potsdam.

Widersprüchlich erscheinen uns Aussagen hinsichtlich der Einhaltung von Betreuungsschlüsseln. Nicht selten kam es vor, dass sich die Mitarbeiter des Jobcenters alle 14 Tage neuen Dienstweisungen aus Nürnberg stellen mussten. Dennoch treten sie in den meisten Fällen den Kunden gegenüber ruhig und freundlich auf. Und das trotz der oft menschlich nachvollziehbaren Unmutsäußerungen durch die Betroffenen. Wir haben als Kommune keine großen Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Gestaltung und Umsetzung der Hartz-IV-Gesetzgebungen. Doch bei dem Wenigen, das uns möglich ist, sollten wir in unseren Anstrengungen, um eine Verbesserung der Ausgestaltung des Gesetzes zu erreichen, nicht nachlassen. Ein größeres Engagement der Stadt hätten wir da schon erwartet. Die Bürger Potsdams erwarten von ihrer Verwaltung, dass sie sich für ihre Belange auf allen Ebenen einsetzt.

Die derzeitige Bundesregierung setzt auf Bürgerarbeit. 300 Stellen sollen in Potsdam geschaffen werden. Es ist wieder einmal nur der Versuch einer Statistikbereinigung, die aber keine zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze schafft. Die Länder müssen darauf drängen, dass Arbeitsmarktprojekte wie das des Landes Brandenburg „Arbeit für Brandenburg“ von der Bundesebene auskömmlich finanziert werden. Dass in Potsdam von den 2010 eingegangenen 59 Anträgen nur 14 bewilligt werden konnten, liegt nicht nur in der Überforderung der Antragsteller begründet. Auch die finanziell ungenügenden Voraussetzungen taten ihr Übriges dazu.

Schwerpunkt für die nächsten Monate wird – und auch hier wird auf die aktuelle Entwicklung zeitnah reagiert – die Vermittlung von langzeitarbeitslosen Bürgern über 50 Jahre und von Frauen sein.

Abschließend möchten wir uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jobcenters wie auch des GB 2, die an der Beantwortung der Großen Anfrage mitgewirkt haben, herzlich bedanken.

## Anträge der LINKEN beschlossen

### Potsdamer Innenstadt barrierefrei

Mehrheitlich angenommen wurde ein Antrag der LINKEN, den Jana Schulze begründete. Die Stadt solle sich am 4. Innenstadtwettbewerb des Landes Brandenburg unter dem Titel „Innenstadt! – Barrierefrei?“ beteiligen und dabei den Zusammenhang mit dem gerade diskutierten Teilhabeplan für Menschen mit Behinderungen in der Stadt herstellen. Gemeinsam mit dem Beauftragten für Menschen mit Behinderungen, dem Fachbereich Wirtschaftsförderung und dem Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen ist die Stadtverordnetenversammlung im Juni über den Stand der Erarbeitung des Wettbewerbsbeitrages zu informieren.

### Wohnortnaher Unterricht während Schulsanierung

Während der Sanierung der Grundschule „Am Priesterweg“ sollen die Schülerinnen und Schüler in unmittelbarer Wohnortnähe Unterricht erhalten. So lautet ein Auftrag, den Jana Schulze für die LINKE einbrachte. Mit Beginn der Sommerferien dieses Jahres soll die künftige Stadtteilschule Drewitz saniert werden. Aber bis dato wissen Kinder, Eltern und Lehrer nicht, wo dann unterrichtet wird. „Trotz

zahlreicher Vorschläge durch die Schulleitung und die im Stadtteil ansässigen Kitas und Horte hat die Verwaltung bis heute keine akzeptable Lösung vorlegen können“, begründete Jana Schulze. Im Beschluss wird vorgeschlagen, für die Sanierungszeit Container für den Unterricht aller Schülerinnen und Schüler aufzustellen bzw. auch zusätzlich die Räume der Gewoba in der Konrad-Wolf-Allee einzubeziehen. Die dafür erforderlichen Ausnahmegenehmigungen seien mit dem Staatlichen Schulamt und dem zuständigen Ministerium zu klären. Im Mai sollen die Stadtverordneten informiert werden. Der Antrag wurde mit Mehrheit der Stadtverordneten beschlossen.

### Fernverkehr ab Potsdam-Hauptbahnhof

Mit Mehrheit beschlossen die Stadtverordneten den Antrag der LINKEN zur Angebotsverbesserung beim Fernverkehr der DB ab Potsdam Hbf.. So wurde der Oberbürgermeister beauftragt, erneut in Verhandlungen mit dem Land Brandenburg und der DB auf eine spürbare Verbesserung in der Sache hinzuwirken. Ziel ist die erneute Einbindung mehrerer ICE und IC zu für Potsdamer attraktiven Verkehrszeiten.

### Papierlose Stadtverordnetenversammlung

Ebenfalls als Wiedervorlage stand der LINKEN- Antrag auf die Einführung der papierlosen SVV auf der Tagesordnung. Es geht hierbei darum, die Unterlagen für die SVV auf elektronischem Wege den Stadtverordneten zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollen für die Stadtverordneten als Arbeitsgeräte Netbooks zur Verfügung gestellt werden. Dafür entfällt die Ausreichung der Unterlagen in Papierform. Dieser Antrag erhielt die mehrheitliche Zustimmung der Stadtverordneten.

## Antrag zurückgezogen

### Haus der Wissenschaften kommt

Ein Haus der Wissenschaften im historischen Stadtzentrum am Alten Markt sei bereits wiederholt vom Oberbürgermeister angekündigt worden. Diese Absicht müsse nun konkretisiert werden, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg den Antrag der LINKEN. Jann Jakobs gab daraufhin zu Protokoll, dass er im September darüber informieren werde, wo und wie ein solches Haus entstehen wird, wer beteiligt ist und wie es finanziert wird. Mit der Aufnahme ins Wortprotokoll der Stadtverordnetenversammlung ist diese Aussage so verbindlich, dass der Antrag zurückgezogen werden konnte.

## In die Ausschüsse überwiesen

### Keine Wohnbebauung am Kulturstandort Schiffbauergasse

Der Kulturstandort Schiffbauergasse soll nicht durch Wohnbebauung beeinträchtigt werden. Diesen Antrag der LINKEN vertrat Dr. Karin Schröter angesichts der Tatsache, dass die Stadt gerade eine Baugenehmigung für ein Boardinghouse (Beherbergungsbetrieb, in dem Bewohner meist für einen längeren Zeitraum untergebracht sind) ausgesprochen hat, obwohl es bereits einen entsprechenden Beschluss der Stadtverordneten gibt, Wohnen dort nicht zu zulassen. Die Baugenehmigung sei zurückzuziehen, weil der Veranstaltungsbetrieb der Kultureinrichtungen gefährdet sei. Sie erinnerte auch an das Theaterschiff, das gerade wegen der Lärmemission bei Veranstaltungen gezwungen ist, seinen Standort möglichst zur Schiffbauergasse zu verlegen. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen überwiesen.

### Neustädter Havelbucht

Mit einem Plädoyer für die Bewahrung der Lebensqualität und die behutsame Entwicklung des Wohngebietes Neustädter Havelbucht begründete Rolf Kutzmutz den Antrag der LINKEN, die städtebauliche Entwicklung zwischen Markthalle und Schopenhauerstraße zu erörtern. Im Bauausschuss sei informiert worden, dass die Absicht bestehe, dort fünf- bis neugeschossige Bauten zu errichten. „Diese Informationen lassen zunächst erschrecken“, sagte Rolf Kutzmutz. Hier sei unbedingt mit den Menschen zu beraten, die dort leben. Außerdem sei die städtebauliche Qualität des gesamten Ensembles mit dem Wechselspiel von Hochbauten, Flachbauten und Freiräumen mit einem Architekturpreis ausgezeichnet worden.

Der Antrag wurde in die Ausschüsse Stadtentwicklung und Bauen sowie Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung überwiesen.

### Teilung des SAGO-Geländes nicht einfach möglich

In den Hauptausschuss wurde eine Mitteilungsanfrage der Verwaltung überwiesen, die die LINKE initiiert hatte.

Die Verwaltung sollte die Entwicklung des Sago-Geländes vorantreiben, das bisher als Ganzes in der Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg (GL) für „großflächige gewerblich-industrielle Vorhaben“ vorgehalten wird.

Es seien die Voraussetzungen für eine Teilung des Geländes für kleinteilige gewerbliche Nutzung zu schaffen.

Die Verwaltung verweist zunächst darauf, dass die Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg an dem jetzigen Status festhalte.

Eine Änderung der Planungsziele bedeute eine erneute umfassende Abwägung. Darüber soll der Hauptausschuss nun beraten.



### Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr  
18. April 2011; 02.; 09.; 16. und 23. Mai 2011

### 31. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Plenarsaal  
04. Mai 2011, Beginn 15 Uhr

### Frühschoppen „Rathausreport live“

Bürgerhaus Stern\*Zeichen, Galileistraße 37-39, Stadtteil Am Stern  
08. Mai 2011, Beginn 10 Uhr

### Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 4/2011

Stadthaus, Raum 3.107  
13. bis 18. Mai 2011 (außer Sa. und So.)

### Info-Stände in den Stadtteilen:

#### 13. Mai 2011:

14:30 Uhr Kepler-Platz/Am Stern  
15:00 Uhr REWE-Kaufhalle  
Haeckelstraße  
Potsdam West  
15:30 Uhr Havel-Nuthe-Center  
Stadtteil Drewitz  
16:00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-Straße  
Waldstadt II

#### 14. Mai 2011:

10:00 Uhr Weberplatz  
Babelsberg  
10:00 Uhr REWE-Markt  
Zentrum Ost  
10:00 Uhr Haltestelle  
Magnus-Zeller-Platz  
Am Schlaatz  
10:30 Uhr Kaiser's/Kirchsteigfeld

### Bürgersprechstunde

#### Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (Mdl) und Fraktionsvorsitzender

am Dienstag, 26. April, von 17 – 18 Uhr  
im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern\*Zeichen)  
Vorankündigungen sind möglich unter:  
Tel.: 0331/600 50 69;  
Mail: wkbscharfenberg@aol.com

## Abgelehnt

### Pläne für Freizeitbad werden nicht auf den Prüfstand gestellt

Mit inzwischen veränderten Ausgangsbedingungen für den Bau eines Freizeitbades im Bornstedter Feld begründete Hans-Jürgen Scharfenberg den erneuten Vorstoß der LINKEN, den im Januar 2010 von der Rathauskooperation „durchgebrachten“ Beschluss auf Aktualität zu überprüfen. Die vorhergesehenen Synergieeffekte mit der Biosphäre werde es nicht geben, da diese verkauft werde. Der Inbetriebnahmetermin werde jetzt bereits von Ende 2012 auf 2014 verschoben. Bis dahin müsse also der Betrieb in der Schwimmhalle auf dem Brauhausberg aufrecht erhalten werden. Außerdem zeigte sich nach den Geboten auf die Ausschreibung, dass für die geplanten Kosten niemand ein Freizeitbad bauen könne. Und die Grundstückserlöse für den Brauhausberg von 12 Millionen Euro, mit denen der Bau finanziert werden soll, stehen in Frage, wenn man die Vorstellungen der Bewohner des Brauhausberges, die sich in einer Bürgerinitiative gegen die dichte Bebauung ihres Wohnumfeldes formiert haben, berücksichtigen wolle. „Bis jetzt gibt es noch keine Entscheidung, die nicht rückgängig gemacht werden kann.“ Möglich sei zunächst eine Sanierung der Schwimmhalle (für damals 6,7 Millionen Euro) und später, je nach Möglichkeiten der Stadt, ein Freizeitbad im Bornstedter Feld.

Die Mehrkosten seien reine Spekulation, entgegnete der Oberbürgermeister, mit den Bietern habe man verabredet, „dass nachgebessert wird“. Im Juni könne man neu diskutieren. Für die Gestaltung des Brauhausberges sei noch nichts entschieden. Im Bebauungsplanverfahren werden die Bürger beteiligt.

Selbst die Bedenken von Ute Bankwitz (Bürger-Bündnis), dass Mehrkosten in jedem Fall von den Bürgern der Stadt zu tragen seien, weil die EWP die Kosten über Gebühren umlegen würde, erschütterte nicht die Mehrheit der Rathauskooperation. Die Überprüfung der Entscheidung wurde abgelehnt.

### Kein Prüfauftrag für ein Tierheim Marquardter Chaussee

An die unruhliche Vorgeschichte eines Tierheimes für Potsdam seit Jahren erinnerte Hans-Jürgen Scharfenberg, als er den Dringlichkeitsantrag der Fraktion zum Tierheimbau in Fahrland begründete. Nun werde die Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen weiter geschrieben. Der Widerstand in Fahrland sei absehbar gewesen. Nun will die LINKE das Grundstück in der Marquardter Straße, das von der Verwaltung bereits

2007 von der Verwaltung als geeignet bezeichnet worden war, aktuell prüfen. Dieses Grundstück werde auch von der Bürgerinitiative in Fahrland vorgeschlagen. In das Prüfverfahren sind der Tierheimrat, der Ortsbeirat, die Bürgerinitiative zum Tierheim sowie mögliche Betreiber für das Tierheim einzubeziehen.

Von der Bürgerinitiative gebe es einen Antrag mit 180 Unterschriften, eine Einwohnerversammlung einzuberufen. Das seien 6 Prozent der Einwohner von Fahrland, wie werde damit verfahren?

Die zuständige Beigeordnete Elona Müller-Preinesberger begründete ihre Ablehnung eines neuen Kontrollauftrages mit dem laufenden Verfahren. Verwaltungs- und ausschreibungsrechtlich könne man keinen neuen Standort einbeziehen.

Dieses „Totschlagargument“ Vergaberecht sei nicht zu akzeptieren, entgegnete Scharfenberg. Man sollte den Versuch wagen, um mit den Einwohnern zu einer stabilen und dauerhaften Lösung zu kommen.

Über die Rechtmäßigkeit des Antrages auf eine Einwohnerversammlung sei noch nicht entschieden, teilte die Beigeordnete auf Nachfrage weiter mit. Es müsse kommunalrechtlich bewertet werden, ob das Verlangen von 6 Prozent der Einwohner sich auf den Ortsteil oder auf die gesamte Stadt bezieht. Eine Mitwirkung des Ortsbeirates an der Entscheidungsfindung im Hauptausschuss sei aber in jedem Fall garantiert.

Der Antrag wurde mit 16 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

### Kennzeichnung der Bordsteinabsenkungen

DIE LINKE tritt seit eh und jeh für eine größere Barrierefreiheit in der Stadt ein. So kam auch der Antrag der Linksfraktion für eine farbliche Kennzeichnung abgesenkter Bordsteinkanten als Wiedervorlage zur Abstimmung. Die Rathauskooperation lehnte den Antrag mehrheitlich ab.

### Preiswerte Wohnungen in der Mitte

Im Februar hatte DIE LINKE den Antrag zum Erhalt preiswerter Wohnungen „Am alten Markt“ gestellt. Gegenwärtig hat die PRO Potsdam über 180 Wohnungen Am alten Markt. Angesichts der zunehmenden Wohnungsnot ist dieses Angebot an preiswerten Wohnungen von großer Bedeutung, so DIE LINKE in ihrer Antragsbegründung. Es gehe vor allem darum, bei der Gestaltung des Alten Marktes auch die Sicherung eines bedarfsgerechten Angebots zu berücksichtigen. Der Antrag wurde mit Kooperationsmehrheit abgelehnt.

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,  
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19